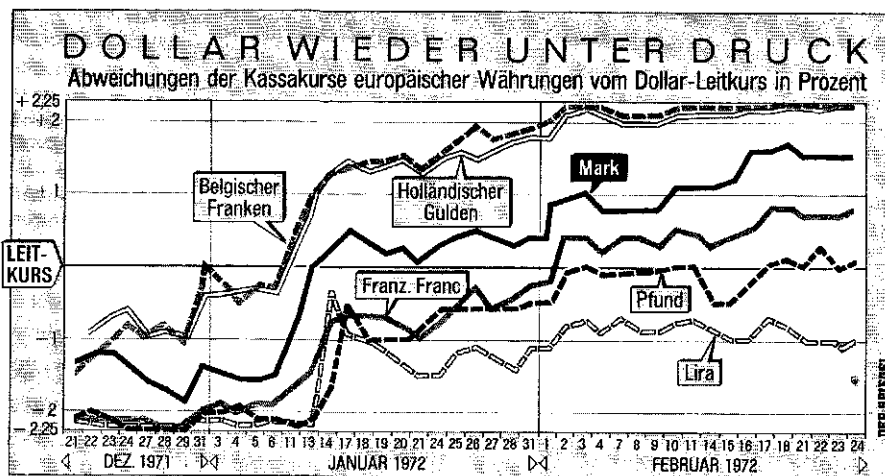




ermäßigt sich selbst dieser unzureichende Zinssatz noch — um wahrscheinlich ein Prozent.

Resignierte Helmut Geiger, künftiger Präsident des Sparkassenverbandes: „Die Sparer müssen sich doch sagen, wir sind die Deppen der Nation.“

JUMBO-ENTFÜHRUNG

Neue Gelüste

Verkehrsminister Georg Leber versuchte, aus der Entführung eines Lufthansa-Jumbos Kapital zu schlagen.

Drei Tage lang hüteten Diplomaten des Bonner Außenamtes ein Geheimnis. Dann, am vierten Tag, wurde es verraten — von einem Kabinettsmitglied.

Am Dienstag vergangener Woche hatten die Hintermänner der arabischen Entführer des Lufthansa-Jumbos „Baden-Württemberg“ ihre Fünf-Millionen-Dollar-Forderung der deutschen Fluggesellschaft für die Freilassung der in Aden festgehaltenen Maschine und ihrer 188 Insassen präsentiert.

Am Mittwoch händigte Lufthansa-Sicherheitsbeauftragter Berger 15,5 Millionen Mark den Kassierern der arabischen Befreiungsfront aus, die 40 Kilometer außerhalb der libanesischen Hauptstadt Beirut auf die Sendung aus Westdeutschland warteten.

Am Donnerstag — die „Baden-Württemberg“ war bereits auf dem Rückflug nach Frankfurt — beteuerte der Vortragende Legationsrat Erster Klasse Günther Schödel, Chef des nach der Entführung installierten Krisenstabs im AA: „Lösegelder haben wir noch nie bezahlt.“

Und Nahost-Experte Wolfgang Bente, stellvertretender Krisenmanager, blieb verschwiegen: „Die Sache ist vertraulich, wir sagen nichts.“

Leber selber verpflichtete noch am Donnerstag das Bundespresseamt zu

strengster Geheimhaltung und verbot jegliche Andeutung über die Lösegeldaffäre. Sogar die libanesische Regierung und die arabischen Guerillas üben mit den zugeknöpften Bonner Diplomaten Solidarität.

Sie dementierten entschieden einen Bericht der libanesischen Zeitung „Al Moharrer“, Bonn habe drei Millionen Lösegeld lockergemacht. Bente: „Selbst wenn da was dran wäre, könnte man nichts sagen. Das würde nur neue Gelüste wecken.“

Doch der weltweite Geheimhaltungspakt — neben dem Libanon hatte Bonn die USA, die Sowjet-Union, England, Frankreich und den Jemen um Hilfe für den Jumbo gebeten — wurde gebrochen: Georg Leber, publizitätshungriger Bundesminister für Verkehr sowie für das Post- und Fernmeldewesen, konnte der Versuchung zu Schlagzeilen nicht länger widerstehen.

Verärgert über das Presseecho am Freitagmorgen, das die Freilassung der „Baden-Württemberg“ dem Geschick des Auswärtigen Amtes und seines nach Aden entsandten Ministerialdirigenten Kurt Müller (AA-Kürzel: „Mameluken-Müller“) gutschrieb, entschloß sich

der Minister zu seinem Überraschungscoup. Als oberster Dienstherr der Bundes-Tochter Lufthansa (80 Prozent des LH-Kapitals gehören dem Bund) hatte Leber „alle Zuständigkeiten an sich gezogen“ und die Regie bei der Lösegeldübergabe übernommen. Am Freitagvormittag verließ er die Bundstagsdebatte über die Ostverträge und präsentierte den Bonner Journalisten einen Hijacking-Krimi — mit allen Details.

Vor der Presse produzierte sich der biedere Hesse als Retter der „Baden-Württemberg“, der auch die Selbstverständlichkeit nicht zu erwähnen vergaß, daß ihm Menschenleben mehr wert seien als „schnöder Mammon“.

Die Zufriedenheit des Ministers ist verständlich. An seinem Veto scheiterte kürzlich im Bundeskabinett ein Beschluß, nach dem Vorbild der Luftfahrtgesellschaften „PanAm“ und „El Al“ auch LH-Maschinen mit bewaffneten Sicherheitsbeamten notdürftig aufzurüsten.

Forsch setzte sich der Straßenbauer über kriminologische Weisheiten hinweg. Mit seinem Enthüllungssolo verstieß er gegen den Grundsatz, Lösegeldzahlungen möglichst diskret zu behandeln, um neue Erpresser nicht zur Nachahmung zu animieren. Mehr noch, der Minister lieferte mit seiner Schilderung eine minuziöse Gebrauchsanweisung, wie aus einem Lufthansa-Ticket fünf Millionen Dollar zu machen sind.

Was die am Ausgleich mit der arabischen Welt interessierten Bonner Diplomaten besonders verärgerte: Der redselige Minister unterließ es, die durch die erste Entführung einer Lufthansa-Maschine aufgerufenen anti-arabischen Emotionen in der bundesdeutschen Bevölkerung zu dämpfen und deutlich zwischen extremistischen Terrororganisationen und den Regierungen arabischer Länder zu unterscheiden. Offen kritisierte er die Freilassung der Freischärler durch die Regierung des Je-



Lufthansa-Dienstherr Leber, entführter Lufthansa-Jet*: „Da hilft nur Auswandern“

* Auf dem Flughafen in Aden.

men: „Es billigt niemand, daß man die freigelassen hat.“

Unbedacht arbeitete der außenpolitische Laie Leber den arabischen Guerillas in die Hände, denen es bei der spektakulären Entführung nicht nur um Geld, sondern auch um politische Ziele gegangen war. Und den Minister focht auch nicht an, daß AA-Müller kurz zuvor im Namen der Bundesregierung der jemenitischen Regierung für die Vermittlung gedankt hatte.

Die von Bagdad aus gesteuerte Gruppe, so mutmaßen Bonner Nahost-Experten, habe versucht, entsprechend den Absichten der anti-bundesdeutsch eingestellten Regierung des Irak die sich anbahnende Normalisierung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und der Mehrzahl der arabischen Staaten zu stören.

So hatte Radio Bagdad zur Zeit der Jumbo-Entführung eine Bonn-feindliche Propaganda-Kampagne inszeniert und die amtliche irakische Nachrichtenagentur am vergangenen Mittwoch verbreitet, der Irak habe vollstes Verständnis für die Aktion, weil die Bundesrepublik Israel militärisch und finanziell unterstütze.

Dem Verkehrsminister freilich versagten sich derlei politische Zusammenhänge. Auch nach seiner Krimi-Show dachte er vor allem an sich selbst. Der Auslöser der „Baden-Württemberg“: „Wenn so was schiefeht, hilft Abdanken nichts, da hilft nur Auswandern.“

ENTWICKLUNGSHILFE

Ganz bitter

Dem Deutschen Entwicklungsdienst, von den Christdemokraten der Linksabweichung bezichtigt, wurden die Mittel gekürzt — auf Betreiben der Sozialdemokraten.

Der Herr aus Bonn erschien unangemeldet. An einem Juli-Morgen des vergangenen Jahres begehrte Helmut Esters, sozialdemokratisches Bundestagsmitglied, Einlaß in das Ausbildungszentrum des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) im hessischen Sprengel Wächtersbach. Vor Ort wollte der Volksvertreter während der Parlamentsferien erkunden, ob deutsche Entwicklungshelfer für ihren Auslandsjob auch richtig ausgebildet werden.

Den überraschenden Kontrollgang begann Esters mit einem Blick in das Verzeichnis der Kursteilnehmer. Dort fand er unter anderem einen Österreicher, der als Beruf „Philosoph“ angegeben hatte und nach Äthiopien wollte. Eine deutsche Bewerberin, die es nach Bolivien zog, übte den Beruf einer „Musikerzieherin“ aus. Esters: „Da wird man doch schon etwas skeptisch.“

Sodann ließ sich der Abgeordnete in einem Unterrichtsraum nieder, in dem laut Kursplan um halb elf eine Arbeits-

gemeinschaft tagen sollte. Doch um 10.30 Uhr war Helmut Esters mit seinen beiden Begleitern, zwei Bonner Beamten, allein im Raum. Um 10.50 Uhr hatten sich erst fünf der insgesamt elf gemeldeten Teilnehmer versammelt.

Esters setzte daraufhin seinen Rundgang fort und nahm bei einer anderen Arbeitsgemeinschaft Platz. Doch den Entwicklungs-Scholaren mißfiel die Anwesenheit des lästigen Lauschers. Sie unterbrachen ihre Gespräche und debattierten darüber, ob sie den Abgeordneten hinauswerfen sollten. Durch freiwilligen Abgang kam der Sozialdemokrat dem Rausschmiß zuvor.

Die Abgeordneten-Visite hatte Folgen: Obwohl Bundeskanzler Brandt in seiner Regierungserklärung versprochen hatte, „bis zur Mitte der 70er Jahre... die Zahl der deutschen Entwicklungsexperten und Entwicklungshelfer... zu verdoppeln“, kürzte der Haushaltsausschuß des Bundestages jetzt auf Vor-



Entwicklungsdienst-Kontrolleur Esters
„Ich lass' mir doch keinen Türken bauen“

schlag des Sozialdemokraten Esters hin die Mittel.

Die Streichaktion fand Unterstützung bei den Christdemokraten, die erst im vergangenen Jahr den „linken Kurs im DED“ (CDU-MdB Walter Leisler Kiep) angeprangert hatten. Der CDU/CSU mißfiel, daß DED-angehörige jugendliche Entwicklungshelfer, die vom bundeseigenen DED nach zehnwöchiger Vorbereitung jeweils für zwei Jahre in die Dritte Welt entsandt werden, in Brasilien oder Bolivien Kritik an den reaktionären Regimen geäußert hatten. Springers „Welt“ über die Twens des Entwicklungsministers Eppler: „Rosarote Missionare.“

Nicht ideologische Bedenken, sondern grundsätzliche Kritik an der DED-Administration veranlaßte jedoch die Sozialdemokraten, nun zum Rotstift zu greifen. So störten sie sich daran, daß die Entwicklungshelfer ihren 1,1 Millio-

nen starken Werbeetat im vergangenen Jahr nicht nur zur Personalakquisition nutzten, sondern in ihren Anzeigen auch allgemeine Sympathiewerbung für die Entwicklungshilfe betrieben. Den ohnehin schon niedrigen Eppler-Vorschlag von 850 000 Mark strichen die Abgeordneten daher auf 550 000 Mark zusammen — etwa die Werbemittel einer mittleren Schnapsbrennerei.

Radikaler noch kürzten die Abgeordneten den Ansatz für Gutachten der Entwicklungshelfer. Dazu wurden sie durch einen vertraulichen Bericht des Bundesrechnungshofes (Aktenzeichen: V 2-3009/70) ermuntert, in dem es über die DED-Oberen hieß: „Die Heranziehung von Gutachten läßt nicht immer die Beachtung sachlicher und wirtschaftlicher Gesichtspunkte erkennen.“ So hatte der Rechnungshof ermittelt, daß bei der Prüfung landwirtschaftlicher Projekte in Ruanda ein Gutachter ohne besondere Kenntnisse angeheuert worden war.

Die Abgeordneten des Haushaltsausschusses sperrten drei Millionen Mark des im Rahmen der gesamten Entwicklungshilfe relativ bescheidenen DED-Etats von 33 Millionen Mark (Gesamt-volumen des Eppler-Budgets: 2,6 Milliarden Mark). Sie sollen erst freigegeben werden, wenn die Entwicklungshelfer dem Bundestag eine detaillierte Ausbildungskonzeption vorgelegt haben.

Ohne den Bericht abzuwarten, versahen die Abgeordneten gleich noch zwei der insgesamt sechs Kursleiter-Stellen im DED-Ausbildungszentrum mit dem Vermerk „kw“ („künftig wegfallend“) — obwohl auch der Bundesrechnungshof erst im vergangenen Jahr die „mangelhafte Vorbereitung“ der rund 1000 freiwilligen Helfer gerügt hatte. Klagte DED-Geschäftsführer Manfred Kulesa: „Das ist für uns ganz bitter.“

MdB Esters ist dennoch fest davon überzeugt, richtig gestrichen zu haben. Nach dem Studium zweier Aktenordner DED-Materials, das er nach seiner Wächtersbach-Reise bei Eppler angefordert hatte, war er zu dem Schluß gekommen, die Verwaltung des Entwicklungsdienstes sei „zu kopflastig“ und da werde „zuviel nebeneinander gewurschtelt“.

Um künftig noch besser über Entwicklungshilfe-Institutionen wie den DED Bescheid zu wissen, will Helmut Esters demnächst seine Recherchen auch auf das Ausland ausdehnen — und dort bei deutschen Entwicklungshelfern wie in Wächtersbach unangemeldet aufkreuzen. Als erstes Reiseziel hatte sich der emsige Sozialdemokrat bereits Südamerika gewählt.

Nur klappte diesmal die Geheimhaltung nicht: Die Geschäftsleitung des DED erfuhr von den neuen Reiseplänen des Abgeordneten, und der blies daraufhin den Südamerika-Trip ab. „Denn“, so Esters selbstbewußt, „ich lass' mir doch von denen keinen Türken bauen.“